

KIRCHE

„Schlimme Erfahrungen“

Nach einer Strafanzeige ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch wegen „Beihilfe zum sexuellen Missbrauch“, weil er einen offenbar pädophilen Pater in einem Kloster am Bodensee geduldet haben soll.

SPiegel: Sind Sie als langjähriger Personalchef des Erzbistums Freiburg für den erneuten Einsatz des Paters auch nach dessen Missbrauchshandlung in den sechziger Jahren verantwortlich?

Zollitsch: Wo ein Zisterzienser lebt und arbeitet, entscheidet sein Abt, nicht ich. Dieser Pater wurde nicht vom Erzbistum Freiburg angestellt oder bezahlt – auch in den achtziger Jahren nicht.

SPiegel: Hätte der Fall durch bessere Kommunikation zwischen Orden und Erzbistum vermieden werden können?

Zollitsch: Das Erzbistum Freiburg hat Ende 2006 erstmals von einem Fall sexuellen Missbrauchs bei der Wallfahrtskirche Birnau erfahren. Wir haben dann – mit Blick in die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz von



Erzbischof Zollitsch

2002 – unverzüglich den für Birnau verantwortlichen Abt der Zisterzienser informiert.

SPiegel: Welche Konsequenzen sollten Orden und Bistümer in Zukunft aus dem Fall ziehen?

Zollitsch: Die schlimmen Erfahrungen in früheren Jahrzehnten, die erst jetzt deutlich geworden sind, haben uns gezeigt, dass die Zusammenarbeit besser werden muss. Es gibt seither regelmäßige Kontakte. Ende Juni richten wir eine neue Koordinierungskommission zwischen Bischöfen und Ordensverantwortlichen ein. Die Absprachen wurden getroffen.



Parteizentralen von CDU, SPD und Grünen



PARTEIENFINANZIERUNG

„Notorisch korruptionsanfällig“

Führende deutsche Parteienrechtler haben sich für eine Änderung der geltenden Regelungen für die Parteienfinanzierung ausgesprochen. Der Mainzer Rechtsprofessor Uwe Volkmann etwa hält die derzeitige Finanzierungspraxis für „notorisch korruptionsanfällig“. Der Jurist fordert unter anderem, die Namen von Parteispendern bereits ab einem Betrag von 5000 Euro zu veröffentlichen – aktuell liegt die Grenze bei 10000 Euro. Sein Düsseldorfer Kollege Martin Morlok empfiehlt sogar, über eine Begrenzung oder gar ein Verbot von Unternehmensspenden generell nachzudenken. Im Auftrag des

Bundestags sollten die Experten unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für Großspenden von Unternehmen und Verbänden sowie den Bereich Parteisponsoring überprüfen. In ihren Stellungnahmen, die am Montag im Bundestags-Innenausschuss vorgestellt werden sollen, sehen die Sachverständigen teils erhebliche Defizite im geltenden Parteienrecht. Dringenden Regelungsbedarf sehen die Experten beim Sponsoring. Anders als Parteispenden müssen Sponsoring-Einnahmen nicht detailliert publiziert werden – und können von den Unternehmen überdies steuerlich abgesetzt werden. Der ehe-



ATOMKRAFT

Städte gegen Laufzeitverlängerung

Der Deutsche Städtetag und die kommunalen Energieversorger warnen die Bundesregierung vor einer vorzeitigen Festlegung auf längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Stadtwerke planen zwar Investitionen von rund 12,5 Milliarden Euro in moderne Kraftwerkskapazität und erneuerbare Energien, sagt der hannoversche Oberbürger-

meister und VKU-Präsident Stephan Weil. Doch die Kommunen könnten ihre Pläne zurückziehen, wenn noch auf viele Jahre hinaus günstig angebotener Atomstrom aus längst abgeschriebenen Kraftwerken den Markt überschwemme, warnt auch die Städtetagspräsidentin Petra Roth. Die CDU-Politikerin fordert ein Gesamtkonzept, um den Ausbau kommunaler Kraftwerke mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung nicht zu gefährden. Nach einer repräsentativen TNS-Emnid-Umfrage, die der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) in dieser Woche veröffentlichen will, spre-